

Verordnung über den Notariatstarif¹⁾

Vom 19. Juni 2001

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, in Anwendung von § 23 des Notariatsgesetzes vom 27. April 1911²⁾, beschliesst:

ALLGEMEINER TEIL

Anwendungsbereich

§ 1. Dieser Tarif ist anwendbar, wenn eine Notarin oder ein Notar mit der Herstellung einer öffentlichen Urkunde oder mit einem andern Geschäft der freiwilligen Gerichtsbarkeit beauftragt wird.

²⁾ Für die Abfassung von Schriftstücken, die keiner öffentlichen Beurkundung bedürfen oder nach dem Willen der Parteien nicht öffentlich beurkundet werden sollen, gilt er nur, wenn sie zu einem dem Tarif unterstehenden Geschäft gehören (§§ 2ff.).

Tariferte Leistungen

§ 2. In den Taxen des Tarifs sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, alle Verrichtungen inbegriffen, die der Notarin oder dem Notar normalerweise bei Herstellung einer Urkunde obliegen; inbegriffen sind auch die Anmeldung der eintragungsbefähigten und die Einholung der Genehmigungen für genehmigungsbedürftige Geschäfte, sofern diese keinen besonderen Aufwand erfordern und sofern nichts anderes bestimmt ist.

Nicht-tariferte Leistungen

§ 3. Für Bemühungen, die über das in § 2 bestimmte Mass hinausgehen, darf die Notarin oder der Notar ausser der Taxe ein Honorar nach der aufgewendeten Zeit und der Bedeutung des Geschäftes berechnen.

Separate Rechnungstellung für Auslagen

§ 4. Die Auslagen, die nicht die Herstellung der Urkunde betreffen, oder sich aus Verrichtungen ausserhalb des Büros ergeben (wie Stempelabgaben, Porti, Telephonkosten³⁾, Reiseauslagen und dergleichen) sind im Honorar nicht inbegriffen.

¹⁾ Titel in der Fassung des RRB vom 21. 9. 2004 (wirksam seit 1. 7. 2004, publiziert am 25. 9. 2004).

²⁾ SG 292.100.

³⁾ § 4: Ausdruck «Telephongebühren» ersetzt durch «Telephonkosten» durch RRB vom 21. 9. 2004 (wirksam seit 1. 7. 2004, publiziert am 25. 9. 2004).

Bemessung innerhalb des Tarifr Rahmens

§ 5. Wo der Tarif eine Minimal- oder eine Maximaltaxe vorsieht, ist die Taxe unter Berücksichtigung der ökonomischen Verhältnisse der zahlungspflichtigen Person, des Interessewertes und des Aufwandes an Zeit und Arbeit festzusetzen.

Vorbereitung des Geschäfts durch Dritte

§ 6. Für notarielle Urkunden, deren Text der Notarin oder dem Notar ausgefertigt vorgelegt wird, ist die volle Taxe zu berechnen, wie wenn die Notarin oder der Notar die Urkunde selbst ausgearbeitet und ausgefertigt hätte.

Nichtzustandekommen des vorbereiteten Geschäfts

§ 7. Wird eine von der Notarin oder vom Notar ganz oder teilweise niedergeschriebene Urkunde nicht perfekt, so ist ein Viertel bis die Hälfte der ordentlichen Taxe zu rechnen. Ist dagegen die Urkunde perfekt geworden, so ist auch dann die volle Taxe⁴⁾ zu berechnen, wenn das Geschäft nicht zum Vollzug kommt.

Verbindlichkeit des Tarifs und minimale Taxe pro Geschäft

§ 8. Die Notarinnen und Notare sind zur Einhaltung des Notariats-tarifs⁵⁾ verpflichtet.

² In besonderen Fällen kann der Ausschuss der Justizkommission hohe Taxen auf Gesuch hin ermässigen.

³ Ist eine Partei bedürftig, verfolgt sie einen gemeinnützigen Zweck oder ist das Wertinteresse gering, so darf die Notarin oder der Notar die Taxe von sich aus ermässigen oder erlassen.

⁴ Die einzelne Taxe für die Beurkundung von Rechtsgeschäften darf den Betrag von Fr. 50 000.– nicht übersteigen.

Kostenvorschuss; Zurückhaltung von Urkunden

§ 9. Die Notarinnen und Notare sind berechtigt, zu ihrer Deckung Vorschuss zu verlangen.

² Sie sind zur Aushändigung ihrer Urkunden nicht verpflichtet, wenn ihre Rechnung nicht bezahlt ist.

Moderationsverfahren

§ 10. Für Anstände über Notariatsrechnungen gilt § 24 des Notariats-gesetzes. Jedoch ist schiedsgerichtliche Erledigung von Anständen nicht ausgeschlossen.

⁴⁾ § 7: Ausdruck «Gebühr» ersetzt durch «Taxe» durch RRB vom 21. 9. 2004 (wirksam seit 1. 7. 2004, publiziert am 25. 9. 2004).

⁵⁾ § 8: Ausdruck «Gebührentarifs» ersetzt durch «Notariatstarifs» durch RRB vom 21. 9. 2004 (wirksam seit 1. 7. 2004, publiziert am 25. 9. 2004).

*Notariatstarif*⁶⁾**§ 11.**⁶⁾

1. **Stiftung:**
Errichtung durch lebzeitiges Geschäft und Änderung:
Fr. 400.– bis Fr. 2000.–;
bei Errichtung vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.–
zusätzlich 0,15%.
2. **Ehevertrag:**
Abschluss und Abänderung:
Fr. 400.– bis Fr. 2000.–.
Aufhebung: Fr. 400.– bis Fr. 1000.–.
3. **Inventar über Vermögenswerte von Ehegatten** (ZGB 195a):
Vom Wert der inventarisierten Fahrnis und Guthaben
bis Fr. 100 000.– 0,5%,
vom Mehrbetrag 0,25%;
vom Wert der inventarisierten Liegenschaft 0,1%,
mindestens jedoch Fr. 200.–.
4. **Gemeinderschaftsvertrag** (ZGB 337):
Abschluss und Änderung:
Fr. 400.– bis Fr. 2000.–.
Aufhebung: Fr. 400.– bis Fr. 1000.–.
Teilung nach Aufhebung:
Wie Ziff. 16.
5. **Inventar über Mündelvermögen,**
mit oder ohne Schätzung
(ZGB 398 Abs. 1; EG 95):
Hälfte bis ein Viertel der Taxe nach Ziff. 3, mindestens jedoch
Fr. 200.–.
6. **Inventar bei Nacherbschaft** (ZGB 490, EG 126 und 136 Abs. 2):
Wie Ziff. 3.
7. **Öffentliche letztwillige Verfügung (Errichtung und Änderung):**
Wie Ziff. 2.
8. **Erbvertrag (Errichtung und Änderung):**
Wie Ziff. 2.
9. **Aufbewahrung** einer letztwilligen Verfügung oder eines Erbvertrages:
Fr. 100.–.
10. **Inventar bei Vermögensübertragung** unter Lebenden aus Erbvertrag
(ZGB 534; EG 131 und 136 Abs. 2):
Wie Ziff. 3.

⁶⁾ § 11: Titel sowie Ziff. 33 und 34 in der Fassung des RRB vom 21. 9. 2004 (wirksam seit 1. 7. 2004, publiziert am 25. 9. 2004); Ziff. 13, 17 und 28 lit. b und 31 geändert durch denselben RRB.

11. Inventur in Todesfällen

(ZGB 551ff., EG 136 Abs. 2):

Für Liegenschaften, Beträge, die unter der Ausgleichspflicht stehen, und Guthaben der Erblasserin oder des Erblassers an die Erben und Erbinnen

Fr. 200.– bis Fr. 2000.–;

für die übrigen inventarisierten Aktiven einschliesslich der Fahrnis vom Wert bis Fr. 200 000.– 0,3%, vom Mehrwert 0,2%.

12. Erbgangsbeurkundung:

Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

13. Erbschaftsverwaltung:

Vom Wert der Aktiven 0,2–0,3% für das Halbjahr. Ein angefangenes Halbjahr wird als voll gerechnet. Ist mit der Erbschaftsverwaltung eine Liegenschaftsverwaltung verbunden, so ist ausserdem eine spezielle Taxe von 5% der eingehenden Mietzinsen zu berechnen.

14. Erbteilung (Bildung und Zuweisung von Losen gemäss ZGB Art. 611, einschliesslich Teilungsakte betreffend Liegenschaften):

Vom Wert der betreffenden Aktiven 1–3%.

15. Erbschaftsliquidation:

Vom Wert der liquidierten Aktiven 1–3%.

16. Teilungsakt betreffend Liegenschaften zuhanden des Grundbuches (soweit nicht in Ziff. 14 enthalten):

Die Hälfte der Taxe gemäss Ziff. 17 hienach.

17. Übertragung von Grundeigentum:

bei Werten bis zu Fr. 2 Mio. 0,25%, mindestens jedoch Fr. 500.–,

vom Mehrbetrag

über Fr. 2 Mio. 0,2%,

vom Mehrbetrag

über 5 Mio. 0,1% und

vom Mehrbetrag

über 10 Mio. 0,075%,

höchstens jedoch Fr. 50 000.–.

Tausch:

Dieselben Taxen, berechnet vom Gesamtwert der getauschten Liegenschaften.

Unentgeltliche Abtretung zur Allmend:

Dieselben Taxen, berechnet vom ungefähren Wert des abgetretenen Areals.

Aufhebung des Teilungsanspruchs bei Miteigentum (ZGB 650 Abs. 2):

Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

Änderung oder Aufhebung des gesetzlichen Vorkaufsrechts im Miteigentums- und Baurechtsverhältnis (ZGB 682 Abs. 3; GVO 71a):

Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

18. Stockwerkeigentum:

Begründung durch Vertrag oder durch Erklärung der Eigentümerin oder des Eigentümers (ZGB 712d): 0,15% vom Verkehrswert des Grundstückes und vom Wert des noch zu errichtenden oder fertigzustellenden Gebäudes, mindestens jedoch Fr. 400.–.

Änderungen des Begründungsaktes sowie Aufhebung des Stockwerkeigentums (ZGB 712b Abs. 3 und 712f):

Fr. 200.– bis 0,1% vom hievor bezeichneten Wert.

19. Anmeldung zwecks Vor- oder Anmerkung bereits bestehender Akten in einfacher Schriftform (Benutzungs- und Verwaltungsordnungen, Reglemente, Vorkaufsrechte, Miete, Pacht usw.; Anmeldung von Löschungsbewilligungen betreffend vorgemerkte und angemerkte vertragliche Rechte und beschränkte dingliche Rechte): Fr. 100.–.**20. a) Vorverträge** sowie Verträge, die ein **Kaufs- oder Rückkaufsrecht** an einem Grundstück begründen:

Wie Ziff. 17;

b) **Vorkaufsrecht** (OR 216 Abs. 2): Hälfte der Taxe gemäss Ziff. 17;

c) Begründung solcher Rechte im Rahmen der Beurkundung eines Übertragungsgeschäfts

Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

21. Aufhebung oder **Änderung** gesetzlicher Eigentumsbeschränkungen

(ZGB 680):

Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

22. Dienstbarkeit (soweit nicht nachfolgend separat geregelt):

Einrichtung und Änderung:

Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

23. Nutzniessung an Grundstücken:

Bestellung und Änderung:

Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

24. Inventar über Nutzniessungsobjekte (ZGB 763):

Wie Ziff. 3.

25. Wohnrecht:

Bestellung und Änderung:

Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

26. Selbständiges und dauerndes Baurecht (ZGB 779 Abs. 3):

Bestellung: Wie Ziff. 17, wobei der Wert des belasteten Landes nebst dem von allfällig bestehenden Bauten zugrunde zu legen ist.

Übertragung: Wie Ziff. 17.

Sonstige Änderungen:

Fr. 400.– bis Fr. 2000.–.

27. Grundlast:

Bestellung, Änderung:

Wie Ziff. 28 a) und b) hienach.

28. **Grundpfand** (Grundpfandverschreibung, Schuldbrief, Gült):
- a) **Errichtung** (inkl. Nachrückensklausel und allfällige Ausstellung des Schuldbriefs):
 Wie Ziff. 17.
 Mitverpfändungen:
 Zuschlag zur Grundpfandtaxe
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Anmerkung von Zugehör:
 Zuschlag zur Grundpfandtaxe
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Blosser Anmeldung eines Verkäufer- oder Bauhandwerkerpfandrechts:
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
- b) **Änderungen:**
 Pfandbeschwerung (Kapitalerhöhung):
 Entsprechend Grundpfanderrichtung.
 Pfanderleichterung (Kapitalverminderung):
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Abtretung der Forderung bei Grundpfandverschreibung:
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Schuldneränderung:
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Pfandvermehrung:
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Pfandverminderung:
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Vertragliche Pfandhaftverteilung, totale Pfandänderung, Zerlegung von Pfandrechten (Pfandzerlegung) in deren zwei oder mehrere oder Zusammenlegung von mehreren Pfandrechten in eines, Umwandlung einer Baukredithypothek in ein festes Pfandrecht:
 Hälfte bis $\frac{2}{3}$ der Taxe für Errichtung.
 Änderungen betreffend Zinsfuss, Zinstag, Rückzahlungs- und Kündigungsbedingungen, Pfandart, Vorgang usw.:
 Fr. 50.– bis Fr. 100.– für jede Änderung.
 Löschung:
 Fr. 50.– bis Fr. 100.–.
- c) **Abwicklung des Geldverkehrs** (Bezug und Auszahlung von Darlehenskapitalien und Kaufpreisen, Abrechnungen usw.) bis Fr. 200 000.–:
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–,
 vom Mehrbetrag 0,05%,
 insgesamt höchstens Fr. 2500.–.
29. **Anleiheobligationen:**
 Beurkundung über Auslösung und Tilgung:
 Fr. 500.– bis Fr. 2000.–.
30. **Verfügungsbeschränkungen**
 (ZGB 960 Ziff. 3):
 Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
 Löschung: Fr. 50.– bis Fr. 100.–.

31. Bürgschaft und Bürgenwechsel:

Fr. 200.– bis Fr. 500.–;

bei grossem verbürgtem Kapital oder in komplizierten Fällen kann die Taxe bis auf Fr. 2000.– erhöht werden.

32. Verpfändung (OR 522 Abs. 1):

Wie Ziff. 2.

33. Aktiengesellschaft, Kommandit-Aktiengesellschaft und GmbH:

a) Vollständige Gründung (einschliesslich Entwerfen von Statuten oder Umarbeitung von Statutenentwürfen, aber exklusive Nebenverträge):

bei einem Kapital unter Fr. 100 000.– Fr. 750.–
bis Fr. 2000.–

bei einem Kapital von Fr. 100 000.– Fr. 2000.–

vom Mehrbetrag über Fr. 100 000.– 0,24%

vom Mehrbetrag über Fr. 200 000.– 0,22%

vom Mehrbetrag über Fr. 1 Mio. 0,2%

vom Mehrbetrag über Fr. 3 Mio. 0,15%

vom Mehrbetrag über Fr. 5 Mio. 0,1%

und vom Mehrbetrag über Fr. 10 Mio. . . . 0,075%,
höchstens jedoch
Fr. 50 000.–.**b) Nachliberierung:**

ein Viertel der Gründungstaxe, berechnet auf dem Betrag des einberufenen Kapitals, mindestens jedoch Fr. 500.–, höchstens ein Viertel des Betrages gemäss § 8 Abs. 4.

c) Kapitalerhöhung

(ordentliche, genehmigte und bedingte):

Generalversammlungsbeschluss:

drei Viertel der Gründungstaxe, mindestens jedoch Fr. 1500.–, höchstens drei Viertel des Betrages gemäss § 8 Abs. 4;

Durchführungs- bzw. Vollzugsbeschluss des Verwaltungsrates:

ein Viertel der Gründungstaxe, mindestens jedoch Fr. 500.–, höchstens ein Viertel des Betrages gemäss § 8 Abs. 4.

d) Kapitalherabsetzung:

nach Zeitaufwand und Bedeutung, mindestens jedoch Fr. 1000.–.

e) Partizipationskapital:

Ausgabe und Nachliberierung von Partizipationsscheinen, Herabsetzung des Partizipationskapitals: wie die entsprechenden Vorgänge für Aktien; wird anlässlich der gleichen Versammlung über die Ausgabe von Aktien und Partizipationsscheinen Beschluss gefasst, so berechnet sich der Honorarsatz auf der Summe der betreffenden Beteiligungsrechte.

f) Andere Generalversammlungsprotokolle:

Fr. 500.– bis Fr. 2000.–.

34. Vorgänge nach Fusionsgesetz:

- a) **Fusionsbeschluss des übertragenden Rechtsträgers:**
Fr. 500.– bis Fr. 2000.–.
- b) **Fusionsbeschluss des übernehmenden Rechtsträgers ohne Kapitalerhöhung:**
Hälfte der Gründungstaxe gemäss Ziff. 33, berechnet auf dem zufließenden Aktivenüberschuss, mindestens jedoch Fr. 1000.– und höchstens Fr. 20 000.– (einschliesslich Ausfertigung des Fusionsvertrages).
- c) **Fusionsbeschluss des übernehmenden Rechtsträgers mit Gründung oder Kapitalerhöhung:**
Gründungs- oder Erhöhungstaxe gemäss Ziff. 33 mit Zuschlag bis zu 50% (einschliesslich Ausfertigung des Fusionsvertrages).
- d) **Fusionsvertrag von Familienstiftungen oder kirchlichen Stiftungen:**
Hälfte der Gründungstaxe gemäss Ziff. 33, berechnet auf dem zufließenden Aktivenüberschuss, mindestens jedoch Fr. 1000.– und höchstens Fr. 20 000.–.
- e) **Spaltungsbeschluss des übertragenden Rechtsträgers zur Neugründung:**
Gründungstaxe gemäss Ziff. 33 mit Zuschlag bis zu 50% (einschliesslich allfällige Kapitalherabsetzung sowie Spaltungsplan und Neugründung des übernehmenden Rechtsträgers).
- f) **Spaltungsbeschluss des übertragenden Rechtsträgers zur Übernahme:**
Hälfte der Gründungstaxe gemäss Ziff. 33, berechnet auf dem abfließenden Aktivenüberschuss, mindestens jedoch Fr. 1000.– und höchstens Fr. 20 000.– (einschliesslich allfällige Kapitalherabsetzung sowie Ausfertigung des Spaltungsvertrages).
- g) **Spaltungsbeschluss des übernehmenden Rechtsträgers mit Kapitalerhöhung:**
Erhöhungstaxe gemäss Ziff. 33.
- h) **Spaltungsbeschluss des übernehmenden Rechtsträgers ohne Kapitalerhöhung:**
Fr. 500.– bis Fr. 2000.–.
- i) **Umwandlungsbeschluss:**
Gründungstaxe gemäss Ziff. 33 mit Zuschlag bis zu 50% (einschliesslich Ausfertigung des Umwandlungsplanes und der Statuten).

- k) **Vermögensübertragung von Grundstücken:**
Wenn Gegenleistung in Form von Anteil- oder Mitgliedschaftsrechten des übernehmenden Rechtsträgers (samt Einbringung in Reserven):
 $\frac{3}{4}$ der Übertragungstaxe gemäss Ziff. 17, berechnet auf dem Übertragungswert der Grundstücke (ohne Gründung oder Kapitalerhöhung des übernehmenden Rechtsträgers);
in den übrigen Fällen:
volle Übertragungstaxe gemäss Ziff. 17 (einschliesslich Ausfertigung auch der übrigen Teile des Übertragungsvertrages, aber ohne Gründung oder Kapitalerhöhung des übernehmenden Rechtsträgers).
35. **Abtretung eines GmbH-Anteils:** 0,25% des von den Parteien angegebenen Übertragungswertes, mindestens jedoch des Nominalwertes und mindestens Fr. 200.–.
36. **Affidavit und eidesstattliche Erklärung für das Ausland:**
gemäss Zeitaufwand, mindestens jedoch Fr. 200.–.
37. **Wechselprotest:**
Fr. 100.– zuzüglich 0,1% der Wechselsumme.
38. **Beurkundung anderer rechtlich erheblicher Tatsachen und Vorgänge** (Verlosungen, Urabstimmungen, Auflagenstärken, Eröffnung von Schrankfächern etc.):
gemäss Zeitaufwand, mindestens jedoch Fr. 200.–.
39. **Legalisationen:**
Unterschriftsbeglaubigung:
Fr. 10.–.
Unterschriftsbeglaubigung mit Beurkundung der Zeichnungsbefugnis:
Fr. 20.–.
Ersatz der Unterschrift einer schreibunfähigen Person (OR 15):
Fr. 50.– bis Fr. 100.–.
40. **Kopien, Auszüge, Übersetzungen:**
Herstellung beglaubigter Fotokopien:
Fr. 20.– zuzüglich höchstens Fr. 2.– pro Seite; bei grosser Seitenzahl kann die Taxe angemessen reduziert werden.
Protokollauszug:
Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
Beglaubigungen von **Abschriften, Kopien** und **Übersetzungen** aufgrund des Vergleichs mit dem Original: Nach Zeitaufwand zuzüglich Fr. 2.– pro Seite, mindestens Fr. 20.–.
41. **Zahlungsbeurkundung** als Ersatz der Rückgabe eines abhanden gekommenen Schuldscheines (OR 90):
Fr. 200.– bis Fr. 500.–.
42. **Öffentliche Beurkundungen** von rechtsgeschäftlichen Erklärungen und Verträgen, **die solcher Beurkundung nicht bedürfen**, falls sie von den Parteien verlangt wird und falls kein anderer Ansatz anwendbar ist (Vollmachten, Mietverträge, Gesellschaftsverträge und dgl.): gemäss Zeitaufwand und Bedeutung, mindestens Fr. 200.–;
für Schiffs- und Luftfahrzeugverschreibungen gelten die Taxen gemäss Ziff. 17 und 28 als Richtgrössen.

Schlussbestimmung

§ 12. Die Verordnung über die Notariatsgebühren (Notariatstarif) vom 8. Juli 1975 wird aufgehoben.

§ 13. Diese Verordnung ist zu publizieren; sie wird am 1. Juli 2001 wirksam.